

Friedhelm Boll und Anja Kruke

Einleitung: Zwangsmigration in Europa im 20. Jahrhundert – Erinnerungskultur auf dem Weg zur Europäisierung

1. Warum die Beschäftigung mit dem Thema „Zwangsmigration“?

Erzwungene Migrationen bilden einen festen Bestandteil der Politik des 20. Jahrhunderts. Während sie in den jeweiligen nationalen Erzählungen präsent sind und erforscht werden, entwickelt sich erst langsam eine erweiterte Perspektive auf die Geschichten der Vertreibungen.

Dabei hat die Historiografie zur Erforschung von Zwangsmigration in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Bedingt durch die verstärkte Tendenz zur Erforschung transnationaler Zusammenhänge sowie ein steigendes Interesse an der „Europäisierung“ als neuer Problemstellung sowohl in historischer wie in aktuell gesellschaftlicher Perspektive werden neue Fragen an die Geschichte der Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert gestellt. Dabei werden Blicke auf das Thema geworfen, die sich vom Duktus nationaler Zentrierung und der nationalen „Meistererzählung“ entfernen.¹

Diese Gegenstände historischer Forschung gehören nicht zum ‚kalten Material‘ der Geschichte, sondern sind oft für das jeweilige gesellschaftliche Selbstverständnis einer Nation von großer Relevanz. Je nach Konstellation der Ereignisse in einer Nation sind die Geschehnisse fester Bestandteil der historischen „Nationalerzählung“ oder sie werden verdrängt/unterdrückt. So gehören die Geschehnisse zwar einerseits unzweifelhaft zum individuellen oder Familiengedächtnis, doch andererseits sind die Erinnerungen in der Öffentlichkeit in Form sozialer Praxis des öffentlichen Gedenkens und ihr Platz in der Erinnerungskultur eines Landes häufig umstritten.²

1 Vgl. für erste Ansätze Dieter Bingen/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst (Hrsg.), *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen*, Wiesbaden 2003; Marina Cattaruzza, *Aussiedlungen im Europa des 20. Jahrhunderts*, in: Christof Dipper/Andreas Gestrich/Lutz Raphael (Hrsg.), *Krieg, Frieden und Demokratie. Festschrift für Martin Vogt zum 65. Geburtstag*, Frankfurt/Main u. a. 2001, S. 193–206.

2 Vgl. generell zum Terminus „Erinnerung“ Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1967; Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis*, München 2002; Paul Ricœur, *Das Rätsel der Vergangenheit. Erinnerung – Vergessen – Verzeihen*, Essen 1998; Hans J. Markowitsch, *Dem Gedächtnis auf der Spur. Vom Erinnern und Vergessen*, Darmstadt 2002. Vgl. auch Hans Günter Hockerts, *Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft*,

Diese beiden Aspekte des Themas Zwangsmigration bilden den Hintergrund einer Tagung über „Geschichte als Politikum. Ein Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen“, deren Beiträge die Grundlage des Sammelbandes bilden. Die Konferenz fand am 11./12. März 2004 in Bonn mit internationalen Expertinnen und Experten aus acht Ländern statt. Sie hatte sich drei Aufgaben gestellt: Zum einen ging es darum, den Forschungsstand zum Thema „Vertreibung“ auf internationaler Ebene zu beleuchten; zum zweiten sollte der Frage nach einer didaktischen Aufbereitung in europäischer Perspektive nachgegangen werden. Der Fokus lag dabei auf den Vertreibungen im osteuropäischen Raum im Kontext des Zweiten Weltkrieges. Die beiden Perspektiven auf das Thema sollten ergänzt werden um eine Art Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Initiativen zur Aufarbeitung und Versöhnung, die es in den verschiedenen Regionen gibt und die in vielen Fällen transnational, in binationaler oder trinationaler Zusammenarbeit existieren. Der vorliegende Band spiegelt diese unterschiedlichen Blickwinkel auf das Thema Vertreibung wider und zeigt gleichzeitig am Beispiel der Unterzeichnung der Bonner Erklärung eindeutig, dass innerhalb der wissenschaftlichen community der Historiker durchaus ein Konsens zur Bearbeitung und Darstellung der Zwangsmigrationen zu erzielen ist.

Diese „Bonner Erklärung: Europäisches Netzwerk gegen Zwangsmigration und Vertreibung im 20. Jahrhundert“ ist hier abgedruckt.³ Mit der Erklärung verbindet sich der Wille zu einer europäischen Einigung von unten, unter Ablehnung einseitiger nationaler oder gar revisionistischer „Erzählungen“.⁴ Ziele der Erklärung sind die Unterstützung der vor Ort existierenden Projekte der Aussöhnung und Dokumentation der Vertreibungen und die Förderung wissenschaftlicher Projekte zu dem Thema aus einer europäischen Perspektive im Sinne einer Vernetzung sowohl der Initiativen wie auch der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Als erste Ergebnisse dieses Zusammenschlusses können neben der Veröffentlichung dieses Bandes die Behandlung des Themas im Rahmen der 31. Jahrestagung (2005)

in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt/Main/New York 2002, S. 39–73.

3 Die Erklärung findet sich auch im Internet unter der URL: <<http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigration/48bonnererkl.html>>. Sie ist dort eingebettet in die FES-Netzquelle „Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“, ein Informationsangebot der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Archivs der sozialen Demokratie. Hier finden sich kürzere Texte von Fachwissenschaftlern, die verschiedene Aspekte populärwissenschaftlich aufbereiten; außerdem werden archivalische Quellen für didaktische Nutzung ins Netz gestellt. URL: <<http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigration/index.html>>. 600–700 Zugriffe pro Monat zeigen, wie stark das Thema nachgefragt ist.

4 Vgl. dazu Hans Lemberg, *Geschichten und Geschichte. Das Gedächtnis der Vertriebenen in Deutschland nach 1945*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 509–523.

der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission⁵ sowie das Projekt einer „Enzyklopädie Zwangsmigration im 20. Jahrhundert“⁶ gelten.⁷

Die „Bonner Erklärung“ bildete seit 2004 die Grundlage für Verhandlungen über die Gründung eines entsprechenden europäischen Netzwerkes durch europäische Regierungen.⁸ Das Ergebnis dieser Verhandlungen führte am 2. Februar 2005 zu einer Erklärung der Kulturminister Polens, der Slowakei, Ungarns und Deutschlands, durch die das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ gegründet wurde, das eine Stiftung polnischen Rechts ist und seinen Sitz in Warschau hat.⁹

2. „Geschichte als Politikum“ – eine Tagung und ihre Hintergründe

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Faktoren hat sich das Thema „Vertreibung“ in den letzten Jahren neu in den europäischen Erinnerungsdiskursen, vor allem in den deutschen, eingeschrieben. Die Erinnerungskultur wandelt sich nicht zuletzt unter dem Eindruck des „Endes der Zeitzugehörigkeit“ all derer, die die Vertreibungen während und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges miterlebten. Neben dem Eindruck der Geschehnisse im ehemaligen Jugoslawien Ende der Neunzigerjahre prägte insbesondere auch ein neuer deutscher Opferdiskurs diesen Wandel und beeinflusste die inter-

-
- 5 Das Thema lautete: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung als Forschungsproblem und Unterrichtsgegenstand. Die Zwangsmigrationen und die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945. Die Beiträge werden veröffentlicht durch das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig 2006.
 - 6 Die Enzyklopädie wird von Detlef Brandes, Holm Sundhaussen und Stefan Troebst herausgegeben werden und den Titel tragen: Das Jahrhundert der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung in Europa 1912–1999; vgl. auch den Beitrag von Troebst (Geschichte als politisiertes Szientifikum: Ein europäisches Netzwerk zur Erforschung ethnopolitisch motivierter Zwangsmigration) in diesem Band und den Projektbericht im HSozKult, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/projekte/id=137>>.
 - 7 Weitere Aktivitäten sind die Erstellung der FES-Netzquelle „Zwangsmigration und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts, deren Seiten 2004 fertig gestellt wurden (URL siehe Anmerkung 3) und die Herausgabe des Sammelbandes zum Thema: „Wir gewähren Versöhnung und bitten um Versöhnung.“ 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung. Im Auftrag der FES hrsg. von Friedhelm Boll unter Mitarbeit von Thomas Roth, erscheint im Sommer 2006.
 - 8 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Konferenz zum Thema Vertreibung: Kulturstatsministerin Weiss zieht positive Bilanz, Pressemitteilung Nr. 199, 23.4.2004; vom selben Tag Beiträge von Jens Bisky in der Süddeutschen Zeitung und Gerhard Gnauck in der Welt; Gabriele Lesser, Nicht ein – viele Aussichtspunkte, taz vom 24./25.4.2004; K. Erik Franzen, Leitkultur als Leidkultur. Konkurrenz der Paten: Nicht nur Christina Weiss, auch Erika Steinbach begrüßt das Europäische Netzwerk der Vertreibung, Frankfurt Rundschau vom 25.5.2004.
 - 9 Vgl. Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen gegründet, Die Welt vom 3.2.2005; ähnlich: Süddeutsche Zeitung vom 16.9.2005. An den Verhandlungen wirkten Beteiligte der Tagung mit: Dr. Pawel Machcewicz, Prof. Dr. Stefan Troebst und Prof. Dr. Matthias Weber (Koordinator des Netzwerkes in Deutschland).

nationale Wahrnehmung dieser Veränderungen. Wir befinden uns in einer Transformationsphase vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis, in der sich der Fokus der Aufmerksamkeit verschiebt. Zuletzt traten die noch Lebenden, die als Kinder die Vertreibungen erlebt hatten, in den Vordergrund, wie die verstärkte psychologische Befassung mit dem Thema und das öffentliche Interesse daran zeigt.¹⁰ In diesem Moment des Übergangs wird bewusst, wie wichtig eine Verankerung der Erinnerung an Vertreibung für die Betroffenen ist. Diese Verschiebung ist ein zentraler Aspekt der gesamten Debatte. Dabei wird von deutschen Historikerinnen und Historikern die Befürchtung geäußert, dass diese neue „Opfererzählung“ international kostbares Porzellan zerschlagen könnte.¹¹ Die Bonner Tagung hatte vor diesem Hintergrund das Ziel, der Frage nachzugehen, wie das Gedenken den Opfern gerecht werden und gleichzeitig der europäischen Aussöhnung dienen könne. Die Mehrheit der anwesenden Expertinnen und Experten sprachen sich dabei für eine dezidiert europäische Perspektive aus, um historische „Erzählungen“ zu erzeugen, die die Wahrheit offen aussprechen, aber dabei nicht stehen bleiben, sondern über die Wahrnehmung einer einzelnen Gruppe hinausreichen. Dies war der zentrale Angelpunkt, an dem sich die Vorstellung eines europäischen Netzwerkes zur Förderung von regionalen/transnationalen Initiativen entwickelte und deutlich von der Vorstellung eines auf Deutschland konzentrierten „Zentrums gegen Vertreibungen“ absetzte.

Als die 1998 zur Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen gewählte Erika Steinbach 1999 die Gründung einer eigenen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ ankündigte und als Zweck der Stiftung die Errichtung eines eigenen Hauses mit Dauerausstellung angab, entwickelte sich ein Politikum. Seitdem sind wellenartig auftauchende Debatten in der Öffentlichkeit in Deutschland, Polen und Tschechien zu beobachten, die sich mit der Entwicklung dieses Vorhabens beschäftigen.¹² Aus der Diskussion in Deutsch-

10 So fand vom 14.–16.4.2005 die Tagung „Die Generation der Kriegskinder und ihre Botschaft für Europa sechzig Jahre nach Kriegsende“ in Frankfurt/Main mit 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Vgl. auch folgendes Interview eines an der Tagung beteiligten Experten: „Dir ist was Schreckliches passiert“. Der Altersforscher Hartmut Radebold über die psychischen Spätfolgen von Kriegsgräueln, die Macht der verdrängten Erinnerungen und seine eigene Kindheit während des Krieges, in: *Der Spiegel*, Nr. 17/2005, S. 172–177. Das große zeitgeschichtliche Interesse verbindet sich mit der Traumalogie, die sich mit der Traumatisierung von Kindern und den Folgen beschäftigt, aber noch in den Anfängen steckt. Vgl. auch den Tagungsbericht von Petra Bühring, *Die Generation der Kriegskinder: Kollektive Aufarbeitung notwendig*, in: *Ärzteblatt*, Mai 2005, S. 214f.

11 Vgl. Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 40–41/2003, S. 6–13; Adam Krzemiński, *Die schwierige deutsch-polnische Vergangenheitspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 40–41/2003, S. 3–5.

12 Die neueste Debatte fand während des Bundestagswahlkampfes 2005 statt, als zum einen die CDU die Forderung nach der Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in ihr Wahlkampfprogramm

land ging eine Entschließung des Bundestages vom 4. Juli 2002 hervor, die zu einem europäischen Gespräch über das Thema aufruft.¹³ Daneben erfuhr der „Komplex Vertreibung“ als europäisches Thema im Zusammenhang mit der Frage nach Erinnerung und Erinnerungspolitik auch in den Wissenschaften ein verstärktes Interesse, wie verschiedene Tagungen zeigen.¹⁴ Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass auch die Tschechische Republik, die auf der politischen Ebene wenig Interesse am Vertreibungsthema zeigt, im wissenschaftlichen Bereich einige Anstrengungen unternimmt, die Thematik aufzuarbeiten. So wurde im Jahre 2004 eigens ein Institut zur Erforschung der Deutschen in den Böhmisches Ländern (Collegium Bohemicum) an der Universität Aussig gegründet und mit Unterstützung von Präsident Vaclav Klaus eröffnet.¹⁵

Aus der Tagung „Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen“ entstand 2002 die Forderung nach einem europäischen Zentrum.¹⁶ Diese Idee wurde von dem deutschen SPD-Politiker Markus Meckel aufgenommen, der in einem international stark beachteten Aufruf im Juli 2003, „Gemeinsame Erinnerung als Schritt in die Zukunft“, als alternativen Entwurf zu dem geplanten deutschen Zentrum ein europäisches mit Sitz in Breslau vorschlägt. In seinem Ansinnen wird er von polnischen Politikern und Publizisten wie Wladyslaw Bartoszewski, Adam Krzemiński und Adam Michnik, aber auch

aufnahme und – kurz, aber heftig – über die Nutzung der Kirche St. Michael im Herzen Berlins diskutiert wurde, bevor die Verhandlungen über die Nutzung des Gebäudes seitens der katholischen Kirche mit dem Hinweis darauf beendet wurden, dass diese Nutzung der internationalen Aussöhnung entgegenstehen könne. Vgl. z. B. Steinbach betont Idee der Versöhnung, Frankfurter Rundschau vom 15.8.2005; Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin Mitte, Die Welt vom 15.8.2005; Einlass abgelehnt, Süddeutsche Zeitung vom 18.8.2005.

13 Vgl. Entschließung: „Für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“, Drucksache 14/9033/9661.

14 Vgl. z. B. den Workshop „Gedächtnis – Erfahrung – Historiographie. Aspekte der Diskussion um den ‚Komplex Vertreibung‘ in europäischer Perspektive, Centre Marc Bloch und Zentrum für vergleichende Geschichte Europas am 19./20.2.2004 in Berlin, vgl. dazu den Bericht von Martina Winkler im HSozKult, 19.5.2004, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=430>>; vgl. auch den Workshop „Commemorating Migrants and Migrations“ im September 2004 in Paris und andere Aktivitäten eines Zusammenschlusses von Soziologen und Politikwissenschaftlern im „Netzwerk Migration in Europe e. V.“, URL: <<http://www.network-migration.org>> [20.6.2005].

15 Vgl. die Tagung „Toleranz an Stelle von Intoleranz, 26.–28. März 2004: Deutsche in den böhmischen Ländern – gestern, heute, morgen“, die vom 26.–28.3.2004 in Usti nad Labem stattfand. Das Programm findet sich online, URL: <<http://www.muzeumusti.cz>> [20.6.2005].

16 Vgl. Dieter Bingen/Stefan Troebst/Wlodzimierz Borodziej, Denkanstöße, in: Bingen/Borodziej/Troebst, Vertreibungen europäisch erinnern?, S. 316–318; vgl. auch dies., Erklärung zum internationalen wissenschaftlichen Kolloquium „Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 102–104. Die Bonner Tagung stellt eine konsequente Fortsetzung dieser Diskussion dar.

deutschen Politikern wie Hans-Dietrich Genscher unterstützt.¹⁷ Daneben gab es weitere Vorschläge und Ideen für das Gedenken an Zwangsmigration und ihre Erforschung.¹⁸

Auch wenn die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ versuchte, durch breit gestreute Unterstützer und einen international besetzten wissenschaftlichen Beirat die gesellschaftliche Zustimmung zu erhöhen, blieben dennoch Reserven gegenüber dem Vorhaben bestehen. Diese verbinden sich hauptsächlich mit dem Umstand, dass das Vorhaben grundsätzlich von der Interessengruppe des Bundes der Vertriebenen (BdV) betrieben wird, nicht zuletzt jedoch auch mit der Person der Stiftungsvorsitzenden Steinbach. In Bezug auf den BdV macht sich die bisherige Tradition des Umgangs mit den „Vertreibernationen“ bemerkbar, da der Bund kaum je zu einer vorbehaltlosen Aussöhnung bereit war, sondern vielmehr Entschuldigungen und Entschädigungen von Polen und der Tschechoslowakei forderte bzw. die ausgesprochenen Entschuldigungen als nicht ausreichend zurückwies, sich mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze immer schwer tat und im Rahmen der EU-Erweiterung einen Beitritt Tschechiens an die Forderung der Rücknahme der Beneš-Dekrete band – unerfüllbar allein schon wegen der Art, in der diese Forderungen vorgebracht wurden. Hinter allen wortreichen Erklärungen von Gewaltverzicht und europäischer Einheit standen handfeste Interessen und Forderungen nach Rückkehr(-recht), Heimat- und Volksgruppenrechten. Damit schlossen sich die Vertreter des BdV vom europäischen Verständigungs- und Versöhnungsdiskurs aus, der nicht anders funktionieren konnte als auf der Basis der Anerkennung der Tatsachen und des Verzichts auf ausgesprochene oder unausgesprochene Revisionsforderungen. Erika Steinbach trug darüber hinaus mit verschiedenen Äußerungen, auch gerade auf Reisen in Polen, zu dieser mangelnden Glaubwürdigkeit der Vertriebenenorganisation bei. Der Höhepunkt dieser zweiseitigen Erinnerungspolitik bedeutete die Gründung und das Vorgehen der „Preußischen Treuhand“, die von führenden Funktionären des BdV und einzelnen Landsmannschaften zur juristischen Durchsetzung von Entschädigungsforderungen betrieben wird.¹⁹ Dies löste wiederum heftige Reaktio-

17 Vgl. den Aufruf sowie die Unterschriftenliste auf der Website Markus Meckels, URL: <<http://www.markusmeckel.de>> und der Aufruf: <<http://www.markusmeckel.de/pdf2/zentrum-vertreibung/aufruf-europaeisches-zentrum-gegen-vertreibungen.pdf>> [20.6.2005].

18 Vgl. auch die Auflistung im Beitrag von Troebst in diesem Band; für die Diskussion vgl. auch die von Friedhelm Boll erstellte Dokumentation der Debatte: *Geschichte als Politikum. Ein europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen*, Bonn 2004 (MS).

19 Die 2001 gegründete GmbH & Co. trägt Unterlagen für Sammelklagen zusammen und wird von führenden BdV-Funktionären geleitet.

nen in Polen aus, wo nun Reparationsforderungen erhoben werden.²⁰ Den Gipfelpunkt einer aufgeregten politischen Debatte stellte eine geschmacklose Karikatur in der polnischen Zeitschrift *Wrpost* dar, in der eine als SS-Domina verkleidete Steinbach auf dem Rücken Gerhard Schröders reitet, Titel: „Das deutsche trojanische Pferd“.²¹

Eine innenpolitische Instrumentalisierung in den jeweiligen nationalen Debatten ist nicht von der Hand zu weisen²², doch bringt ein derartiger Verweis die Diskussion in der Sache nicht einen Schritt vorwärts. Vielmehr weisen auch die schrillsten Töne dieser Debatte auf reale Kerne: die den deutsch-osteuropäischen Beziehungen zugrunde liegende, auf leidvollen Erfahrungen beruhende Emotionalität einerseits, aber auch unterschiedliche juristisch-politische Vorstellungen andererseits.²³

Trotzdem hat die Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu einer offensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema geführt und damit sicherlich eines der Ziele der Stiftung erreicht, nämlich die Vertreibung der Deutschen als Teil des deutschen Selbstverständnisses zu diskutieren. Die Stiftung publizierte schließlich ihr Konzept einer Dauerausstellung. Es wurde zunächst in der Öffentlichkeit kritisiert; die Fachöffentlichkeit folgte mit Zeitverzögerung.²⁴ Die Kritik betraf zunächst und vor allem den Entwurf für ein solches Zentrum, das ja gleichzeitig Forschungsstelle, Museum, Gedenkstätte und ritueller Erinnerungsraum werden sollte. Ging man bei

20 Das polnische Parlament, der Sejm, forderte in einer EntschlieÙung am 10. September 2004 die Regierung auf, weitere Reparationszahlungen an Deutschland zu stellen. Vgl. den Wortlaut der Erklärung in deutscher Übersetzung (dpa) in der Welt vom 13.9.2004 (Der polnische Beschluss zur Kriegsschädigung im Wortlaut) und den Beitrag von Gerhard Gnauck, Polens Parlament verlangt deutsche Reparationen, Die Welt vom 11.9.2004; vgl. auch Gabriele Lesser, Neue Fronten an der Oder, taz vom 13.9.2004; Trübung des deutsch-polnischen Klimas, Neue Zürcher Zeitung vom 13.9.2004; Severin Weiland, Warum Frau Brodacka Deutschland verklagt, Spiegel Online vom 10.9.2004, URL: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,317371,00.html>>.

21 *Wrpost*, September 2003. Für die Debatte in Polen vgl. Pawel Lutomski, The Debate About a Center Against Expulsion: An Unexpected Crisis in German-Polish Relations?, in: *German Studies Review* 27 (2004), S. 449–468, hier S. 449–457.

22 Lutomski meint, dass die polnischen Politiker und Medien sich lieber alter Vorurteile bedienen, statt sich ernsthaft mit dem Wandel der politischen Kultur in Deutschland auseinanderzusetzen. Vgl. Lutomski, *The Debate About a Center Against Expulsions*, S. 457–468.

23 Vgl. dazu für Polen die Untersuchung des ehemaligen polnischen Botschafters in Deutschland, Jerzy Kranz, *Polen und Deutschland: getrennte oder gemeinsame Wege der Geschichtsbewältigung? Juristisch-politische Bemerkungen aus polnischer Sicht*, Bonn 2005, auch im Internet abrufbar, URL: <<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/02971.pdf>>.

24 Vgl. als Auswahl zur öffentlichen Wahrnehmung in Feuilleton und Fachwissenschaft: Jörg Lau, Blühende Museumslandschaften. Der Bund fördert die Kultur der Vertriebenen mit Millionen – zum Hintergrund des Denkmalstreits, *Die Zeit* 40/2003; Philipp Ther, Erinnern und aufklären. Zur Konzeption eines Zentrums gegen Vertreibungen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), S. 36–41. Das gesamte Heft der Zeitschrift ist dem Thema Vertreibungen gewidmet und steht auf der Webseite des Verlags zum Download bereit, URL: <http://www.metropol-verlag.de/_ftp/zfg_01_2003.pdf> [3.7.2005].

der ersten Konzeption noch davon aus, in den Mittelpunkt der Gedenkstätte eine Rotunde zu bauen, bei der kreisförmig des Schicksals aller Landsmannschaften gedacht werden sollte, so wurde diese Konzeption unter dem Eindruck der öffentlichen Kritik zwar noch nicht grundlegend, aber in Ansätzen geändert und die Überlegungen zur Rotunde wohl zunächst zurückgestellt.²⁵ Die deutsch-zentrierte Konzeption ließ kein Verständnis dafür aufkommen, dass das Vertreibungsgeschehen des 20. Jahrhunderts weit über die deutsche Dimension hinausging, was im Modell der Rotunde der deutschen Landsmannschaften aber wohl kaum darstellbar ist. Daher wird von den Verantwortlichen des Zentrums nun zunächst eine Ausstellung geplant, bei der nichtdeutsche Vertriebene, vor allem der Genozid an den Armeniern 1915, im Vordergrund stehen sollen. Auch in der alten Konzeption war an die Repräsentanz nichtdeutscher Vertriebenengruppen in der Form von kleinen Wechelausstellungen gedacht. Gerade das Festhalten am deutsch-zentrierten Rotundenentwurf lässt darauf schließen, dass die immer wieder behauptete europäische Konzeption nur ein Nebenaspekt ist, ein sprachlich-politisches Beiwerk. Wissenschaftliche Beobachter deuten das strikte Festhalten der Stiftung an ihrem Konzept als Versuch, ihre Idee ohne wesentliche Beteiligung ausländischer Experten – von einzelnen, meist nicht auf dem Fachgebiet arbeitenden Forschern abgesehen – durchzusetzen.²⁶ Anlässlich mehrerer Tagungen, die zwischen Dezember 2002 und Sommer 2003 stattfanden, erklärten Vertreter des Bundes der Vertriebenen (BdV) immer wieder, ihr Konzept für eine europäische Perspektive öffnen zu wollen, eine qualitativ relevante Zusammenarbeit mit den an diesen Tagungen beteiligten Historikerinnen und Historikern lehnten sie jedoch strikt ab.²⁷ Renommiertere Fachleute z. B. aus der deutsch-polnischen Historikerkommission, aus der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission oder aus vergleichbaren Einrichtungen der deutsch-tschechischen Kooperation finden sich daher nicht im Beirat des „Zentrums gegen Vertreibungen“. Anlässlich einer im Frühsommer an der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder statt-

25 Vgl. den Internetauftritt der Stiftung, URL: <<http://www.z-g-v.de>> und das dort eingestellte Konzept <<http://www.z-g-v.de/aktuelles/?id=49>> [16.6.2005].

26 Dem Beirat gehören folgende Experten aus dem Ausland an: Rudolf Kucera, Politikwissenschaftler, Karlsuniversität Prag, Tschechien; Christoph Pan, Sozialwissenschaftler, Direktor des Südtiroler Volksgruppen-Instituts, Italien; Krisztián Ungváry, Historiker, Institut für die Erforschung der ungarischen Revolution 1956, Budapest, Ungarn; Alfred-Maurice de Zayas, Völkerrechtler und Generalsekretär des PEN-Club Genf, Schweiz; Zoran Ziletic, Historiker und Germanist, Serbien-Montenegro; Moshe Zimmermann, Direktor des Richard Koebner Center for German History, Hebräische Universität Jerusalem, Israel.

27 Vgl. die Dokumentation der entsprechenden Tagung in Darmstadt: Bingen/Borodziej/Troebst (Hrsg.), *Vertreibungen europäisch erinnern? Einige Vertreter des Konzepts von E. Steinbach wollten nicht auf der im Band abgedruckten Teilnehmerliste der Darmstädter Tagung erwähnt werden.*

gefundenen Tagung erklärten Vertreter/innen des Zentrums sinngemäß, dass der BdV die Deutungshoheit über die Vertreibungen nicht aus der Hand geben möchte. Dies zeigt auch die Neuauflage der sieben Bände zählenden „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa“, deren problematische Seiten in den letzten Jahren gut erforscht, aber nicht in die neuen Auflagen eingegangen sind.²⁸ Wenn der BdV es ernst meinte mit dem Anspruch der Vertriebenen auf Integration in die deutsche Gesellschaft und Anerkennung als Opfer, wäre eigentlich ein gesamtgesellschaftliches Projekt im Rahmen einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum Berlin folgerichtig, wie Karl Schlögel in seinem Beitrag in diesem Band vorschlägt.

Das Spannungsverhältnis zwischen nationalstaatlichen Identitäten und einer nicht klar umrissenen europäischen Identität ist und bleibt die zentrale Herausforderung für die Entwicklung einer europäischen Perspektive auf Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert. Es ist inzwischen vielfach analysiert worden, dass die unterschiedlichen Ansichten und die umstrittenen Punkte in der Erinnerungspolitik nicht nur auf unterschiedlichen Diktaturerfahrungen in West- und Osteuropa beruhen, sondern auch auf der Entwicklung nach dem Ende des Kalten Krieges. Waren in den osteuropäischen Ländern die nationalen Identitäten seit 1945 weitgehend unterdrückt oder nur in einer spezifischen, in die sowjetische Deutung eingefügten nationalen Identität zugelassen, so entwickelte sich nach dem November 1989 schnell eine (re-)nationalisierende Selbstverständigung, die oftmals in einem sehr geringen Maße von den historischen Fachvertretern mitgestaltet wurde. Diese Sicht wurde im Laufe der Neunzigerjahre ergänzt durch eine zunehmend auf Europa als politisches Projekt fokussierte Politik, die das gerade neu gewonnene nationale Selbstverständnis erneut herausforderte und zeigte, wie sehr die Vergangenheitspolitik einen offenen Kampfplatz darstellt. Dieser Herausforderung wurde durch den Versuch, die Mitte Europas neu zu definieren, begegnet, genauso wie in verschiedenen Ländern im Osten Europas unterschiedliche Umgangsweisen gegenüber belasteten Geschichtsphasen entstanden.²⁹ Während sich für Deutschland und im Folgenden für ganz

28 Vgl. zur Problematik dieser Dokumentation Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345–389; Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa, bearb. von Theodor Schieder, Bd. I/1–V, Bonn 1953–1961, Nachdruck 1984 und 2004.

29 Hier müssen unterschiedliche Umgangsweisen und Geschwindigkeiten der verschiedenen Länder konzediert werden, die hier aufgrund der knapp zu haltenden Einleitung nicht im Einzelnen beschrieben werden können. Vgl. für die Geschichtspolitik in verschiedenen Ländern (Süd/Mittel-)Osteuropas: Christoph Cornelißen/Roman Holec/Jiří Pešek (Hrsg.), Diktatur – Krieg – Vertreibungen. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland, Essen 2005; Stefan Troebst, „Was

Westeuropa in den letzten drei Jahrzehnten das Gedenken an den Holocaust als negativer ‚Gründungsmythos‘ der modernen Zivilgesellschaft konstituierte und als Kern einer zivilen, friedlichen Gesellschaft universalisiert wurde, liegt die Betonung der osteuropäischen Länder in dieser Hinsicht vor allem auf der kommunistischen Diktaturerfahrung.³⁰ Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird in Deutschland und anderen Ländern Westeuropas als Herausforderung des Stellenwerts der Shoa gesehen, ob das Zentrum dies nun bezweckt oder nicht – die Wahrnehmung entscheidet. Darum kann auch ein noch so ehrlich gemeintes Angebot der „Empathie“ missverstanden und als genau das Gegenteil dessen, was gemeint war, wahrgenommen werden.³¹ In diesem Sinne einer „umkämpften Vergangenheit“³² werden sowohl die räumliche Positionierung des geplanten Zentrums in mittelbarer Nachbarschaft zum Holocaust-Mahnmal wie auch das Bildprogramm der Erinnerung interpretiert.³³ Öffentliches Gedenken ist soziale Praxis und „zeremonialisierte Kommunikation über die Vergangenheit“³⁴, deren Vollzug ein „Medium kollektiver Selbstverständigung“ darstellt und auf die Transformation von Erinnerung zu aktuellen Handlungsprämissen zielt bei gleich-

für ein Teppich?“ Postkommunistische Erinnerungskulturen in Ost(Mittel)Europa, in: Volkhard Knigge/Ulrich Mählert (Hrsg.), *Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa*, Köln/Weimar/Wien 2005 (i.E.); Ulf Brunnbauer (Hrsg.), *(Re)Writing History. Historiography in Southeast Europe after Socialism*, Münster 2004; Alojz Ivanišević u.a. (Hrsg.), *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach den Zusammenbruch des Kommunismus*, Frankfurt/Main 2003; Andrea Corbea-Hoisie/Rudolf Jaworski/Monika Sommer (Hrsg.), *Umbruch in Osteuropa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis*, Innsbruck u.a. 2004. Vgl. weiterhin für einzelne Nationen und die Rolle der Zwangsmigrationen für Erinnerungskulturen in Europa auch den Bericht zur Tagung „Transformation der Erinnerungskulturen?“ des Forschungsinstituts Arbeit Bildung Partizipation e.V., Institut an der Ruhr-Universität Bochum, in Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur am 21.–24. Februar 2005 in Recklinghausen von Christoph Thonfeld im HSozKult, 23.3.2005, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=741>>; vgl. auch den Beitrag Rüdiger Ritters auf der Tagung „Die europäische Dimension von Geschichtspolitik“ des Arbeitskreises „Politik und Geschichte“ der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte am 17./18. Juni 2005 – vgl. dazu den Tagungsbericht von Werner Tschacher im HSozKult, 4.8.2005, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=840>>.

30 Vgl. für die Universalisierung des Gedenkens Daniel Levy/Natan Sznajder, *Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust*, Frankfurt/Main 2001; für die Bezugnahme der europäischen Identität auf den Holocaust vgl. Dan Diner, *Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichten*, München 2003.

31 Im Sommer 2004 startete eine Veranstaltungsreihe in Berlin unter dem Titel „Empathie – der Weg zum Miteinander“ ausgerechnet zur Jahrestag des Warschauer Aufstandes und befeuerte von Neuem die Debatte. Vgl. Polen entsetzt über Vertriebenengedenkfeier, taz vom 21.7.2004; Text und Subtext, Frankfurter Rundschau vom 21.7.2004.

32 Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999.

33 Vgl. hierzu den Beitrag von Heidemarie Uhl in diesem Band. Für die Frage nach einem kanonisierten Bildprogramm einer europäischen Identität vgl. Susanne Popp, Auf dem Weg zu einem europäischen „Geschichtsbild“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 7–8/2004*, S. 23–31.

34 So definiert es Harald Welzer, *Das soziale Gedächtnis*, in: ders., *Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg, S. 9–24.

zeitiger Möglichkeit, dass verschiedene Gruppen unterschiedliche Schlüsse daraus ziehen können. Damit gehört in der demokratischen Gedenkkultur die Koexistenz verschiedener Initiativen zur Selbstverständlichkeit.³⁵ Jedoch reibt sich diese Vorstellung mit dem Bemühen der BdV-geführten Stiftung, staatliche Schützenhilfe für ein Projekt zu erhalten, das ein partikulares Selbstverständnis ausdrückt. Da die Erfahrung der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa zu den zentralen Erfahrungen für die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR gehört, die bis jetzt und auf nicht absehbare Zeit einen wichtigen Ort in der Erinnerung der deutschen Gesellschaft einnehmen werden, sollte das Thema nicht dieser einen Gruppe überlassen bleiben, sondern in einem tatsächlich der Integration verpflichteten Ansatz umfassend umgesetzt werden.

3. Ein Netzwerk

Es erwies sich auf der erwähnten Bonner Tagung, dass das Thema der Vertreibungen historisch inzwischen an vielen Stellen aufgearbeitet ist und die weißen Flecken der Forschung allmählich verschwinden.³⁶ Vielfältige Projekte der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Historikerkommissionen haben erwiesen, dass grenzüberschreitende Forschung zum Thema Vertreibungen möglich und sogar außerordentlich ertragreich ist.³⁷ Gerade in der Historikerzunft ist die Überzeugung weit verbreitet, dass diese historisch belastete Geschichte auch grenzüberschreitend bearbeitet werden kann und in dieser Weise auch aufgearbeitet werden sollte. Selbstverständlich werden gerade im geschichtspolitischen Bereich unterschiedliche Sichtweisen bestehen bleiben. In verschiedenen Vorträgen der Bonner Tagung wurde deutlich, welche große Vielfalt von gut funktionierenden lokalen, grenzüberschreitenden Initiativen es bereits gibt. Oft wissen diese auf private Initiativen zurückgehenden Ansätze nichts voneinander. Es käme also darauf an, für diese Initiativen in einem Netzwerk – wie der Name besagt – Kontakte herzustellen und Austauschmöglichkeiten zu schaffen, sie insgesamt in die Lage zu versetzen, sich Wissen über die anderen Initiativen zu verschaffen. Darüber hinaus scheint es sinnvoll und notwendig, generell alle

35 Insa Eschebach, *Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik*, Frankfurt/Main/New York 2005, S. 9 ff., Zitat S. 9.

36 Vgl. z. B. Benjamin Frommer, *National Cleansing. Retribution Against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia*, New York 2005.

37 Vgl. die mehrbändige Dokumentation Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hrsg.), „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Marburg 2000–2004. Seit 2004 wird in deutsch-tschechischer Kooperation an einer Dokumentation gearbeitet, vgl. dazu die Liste im Beitrag von Tomáš Kafka.

vorhandenen Initiativen (zivilgesellschaftliche Gruppen, Städtepartnerschaften, Museen, Forschungseinrichtungen etc.) miteinander ins Gespräch zu bringen und zu vernetzen. Die Entwicklung eines solchen Netzwerks ist nicht vorherseh- oder gar steuerbar, aber das genau ist das Programm: Von unten, unter Verzicht auf nationale „Meistererzählungen“ und regierungsamtliche Kommissionen, ist eine eigene Entwicklung möglich, die im besten Fall einen europaweiten Austausch vollzieht und dabei über ihre Kommunikation eine europäische Identität von unten aufbaut oder sogar praktisch vollzieht. Das wissenschaftliche Netzwerk, das sich in Bonn konstituierte, möchte mit der Bonner Erklärung einen symbolischen Anfang machen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Dass nationale und europäische Sichtweisen auf die Vergangenheit miteinander konkurrieren und umkämpft sind, zeigte sich auch in den Diskussionen der Tagung. Auch in den Diskussionen war die „ungerufene Erinnerung“ (Ulrich Raulff) zu verspüren, die sich in den Themen Flucht und Vertreibung, Bombenkrieg und Vergewaltigung in den letzten Jahren zu einem neuen deutschen Opferdiskurs verdichtet hat, der in den anderen europäischen Ländern teilweise verwundert oder mit Unverständnis aufgenommen wurde.³⁸ So spiegelte sich zumindest streckenweise die gesellschaftspolitische Debatte darüber wider. Es stellte sich heraus, dass noch umfangreiche und komplexe Forschungsarbeiten notwendig sind, um die gesamte Problematik der Zwangsmigrationen und Vertreibungen in ihren Voraussetzungen, Ausprägungen und Folgen einigermaßen korrekt darzustellen. Vor allem scheint es notwendig, durch populärwissenschaftliche Darstellungen und vor allem in (schul-)didaktischen Handreichungen das Wissen zu verbreiten, da hier viele Vorurteile und oft Unkenntnis über Vorgänge und Zusammenhänge herrschen. Auf der Tagung stellte Mathias Beer die von ihm erstellte Lehrerhandreichung „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs“ zur Diskussion, um zu klären, ob sie europaweite Gültigkeit besitze und auch den Forschungsstand widerspiegele.³⁹ Sie erwies sich als eine durchaus geeignete Darstellung, auch wenn noch einige Kritik an dem Text geäußert wurde.⁴⁰

38 Das Thema fand Eingang in unterschiedliche Publikationen. So stand das erste Heft 2005 der *Central European History* unter dem Thema: *Germans as Victims during the Second World War*.

39 Vgl. [Mathias Beer], *Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs*, hrsg. v. Haus der Heimat des Landes Württemberg 2002.

40 Diese Anmerkungen spiegeln sich auch teilweise in den Beiträgen dieses Bandes wider, vgl. den Beitrag Gert von Pistoohlkors'.

4. Zum Inhalt des Sammelbandes

Der vorliegende Band vereinigt vielfältige Beiträge – Forschungsergebnisse, thesenartige Essays und Kommentare – mit ganz unterschiedlichen Perspektiven. Werden zunächst die Beiträge mit übergreifender Perspektive gebündelt, folgen in drei weiteren Teilen Beiträge nach regionaler Gliederung.

Ganz am Anfang steht das Ergebnis der Tagung, die „Bonner Erklärung“, mitsamt einer Liste der Unterzeichner. Auf sie folgen zwei Beiträge von Stefan Troebst und Bernd Faulenbach, die zum Teil während der Tagung verfasst wurden und die Grundlage für die Abschlusserklärung bildeten.⁴¹

Diesem dokumentarischen Teil folgen Beiträge mit einer übergreifenden Perspektive auf Zwangsmigration im 20. Jahrhundert. Hier stehen Fragen nach der europäischen Dimension der Erinnerung und der didaktischen/musealen Aufbereitung im Mittelpunkt.

Zunächst erklärt Karl Schlögel, wie denn eine „europäische Erinnerung an Umsiedlung und Vertreibung aussehen könnte“. Für ihn besteht die Hauptaufgabe in der Rekonstruktion dessen, was passiert ist – die „Erzählungen“ müssten in Gang gebracht werden. Nur ein offener Umgang mit den unterschiedlich geprägten Vergangenheiten der Orte und eine beruhigte, von der Tagespolitik losgelöste Betrachtungsweise könnten zu einer Aufarbeitung der Geschehnisse beitragen.

Dass dies ein schwieriges Unterfangen in der Arena der Öffentlichkeit ist, zeigt Heidemarie Uhl in ihrem Beitrag über die Ikonografie der Vertreibung. Durch den massiven Einsatz eines spezifischen Bildprogramms in der Öffentlichkeit lässt sich eine Verschiebung des Erinnerungsdiskurses an die Opfer des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus feststellen; die Vertreibungen werden bildlich in die Nähe des Holocaust gestellt und damit die dominierende Stellung der Judenvernichtung in der Erinnerungskultur in Frage gestellt.⁴²

Demgegenüber widmet sich Peter Haslinger der Frage, wie Umsiedlung und Vertreibung didaktisch aufbereitet werden können. Er weist insbesondere auf die auch für die wissenschaftliche Aufarbeitung schwierige Frage der Kategorienbildung hin: Wenn man die Geschichte der zwangsweise Umgesiedelten beleuchtet, ist zu fragen, wie man damit umgeht, dass die Definition dieser Gruppen von den Tätern vorgenommen wurde und sich damit erneut durchsetzt? Eigentlich gelte es, eben diese Kategorien als Kon-

41 Der Beitrag von Stefan Troebst lag als „papier martyr“ auf der Tagung vor, während Bernd Faulenbach seinen Beitrag als Zusammenfassung der Tagungsdiskussion während der Tagung erstellte.

42 Vgl. für das Bildprogramm des Holocaust dagegen: Cornelia Brink, *Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945*, Berlin 1998.

strukture einer politischen Instrumentalisierung zu dechiffrieren. Den zweiten sensiblen Punkt einer didaktischen Bearbeitung macht Haslinger in der komparativen Perspektive aus: Welche Aspekte soll und kann man sinnvoller Weise miteinander vergleichen, wo liegen die Vergleichsachsen?

Hierauf hat auch Thomas Serrier keine Antwort, aber er bietet Vergleichsaspekte aus der französischen Geschichte an, die dazu dienen könnten, sich dem Thema der Vertreibung aus einer gesellschaftshistorischen Sicht zu nähern, wenn er auf die „vergessene“ Vertreibung der Deutschen aus dem Elsass und auf die Beziehungsgeschichte Frankreichs zu Nordafrika verweist.

Hermann Schäfer, Präsident des Hauses der Geschichte in Bonn, berichtet in seinem Beitrag über die Vorbereitungen zur Ausstellung „Flucht, Vertreibung und Integration“, die im Dezember 2005 eröffnet wird. Diese Ausstellung wird die erste umfassende Ausstellung in der Republik sein, die die Vertreibung wie auch die Integration der Vertriebenen in die west- und ostdeutsche Gesellschaft museal aufbereitet.⁴³

Den ersten Teil des Bandes rundet der Beitrag Wolfgang Höpkens zur Thematisierung der Zwangsmigration in deutschen Schulbüchern ab, indem er die Frage der Thematisierung mit generellen Fragestellungen zu Kontextualisierung, didaktischer Aufbereitung und Rezeption durch verschiedene Schülergruppen verbindet.

Die drei folgenden Teile sind regional gegliedert. Die Beiträge im ersten Abschnitt befassen sich mit Zwangsmigration in der ost-/nordosteuropäischen Region. Claudia Kraft beschreibt in ihrem Beitrag die „regionalen Institutionen und Initiativen der Aufarbeitung und des Gedenkens in Polen“. Sie macht eine große Vielfalt lokaler und regionaler Ansätze aus, die sich (noch) vereinzelt auch in internationalen Zusammenhängen entwickeln. Die Rekonstruktion von Lebensgeschichten und deren baulicher Ausdruck stehen häufig im Zentrum der Initiativen, die sich oft explizit dem Ziel der Aussöhnung widmen und dazu Kontakte zwischen deutschen Vertriebenen und (ebenfalls vertriebenen) Polen herstellen und ausbauen: Aussöhnung findet vor Ort zwischen den Menschen statt. Diese Initiativen sollten gestärkt und ein Austausch untereinander gefördert werden.

Dieser Schlussfolgerung stimmt auch Pawel Machcewicz, der stellvertretende Direktor des polnischen Instituts der nationalen Erinnerung (IPN), zu. Er beschreibt seine Idee eines Netzwerks, dass sich s. E. nicht allein mit Zwangsmigration, sondern in erster Linie mit den Bedingungen dieser Vorgänge, den zwei Totalitarismen des Jahrhunderts, widmen sollte. Nur durch

43 Vgl. auch Homepage des Hauses der Geschichte, URL:<<http://www.hdg.de>>.

die starke Einbindung der nationalsozialistischen und der sowjetischen Diktatur in die Darstellung hält er eine angemessene Kontextualisierung für möglich.

Krzysztof Ruchniewicz nimmt sich der Entwicklung der Schulbuchrevisionen seit den Siebzigerjahren an und arbeitet die mangelhafte Darstellung der Vertreibungen in polnischen Schulbüchern heraus.

Gert von Pistohlkors beschreibt die Bedingungen, unter denen die Umsiedlung der Baltendeutschen stattfand. Er betont, wie sehr sich die Situation in den baltischen Ländern von der in den ehemaligen ostdeutschen Gebieten unterschied.

Aus der tschechischen Sicht werden skeptische Töne angeschlagen. Tomáš Kafka, Geschäftsführer des Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds, beschreibt die Aussöhnungsbemühungen als einen harten „Ringkampf“, bei dem Aufarbeitung zum „Leistungssport“ gerät. Dennoch stellt er auch positive Ansätze heraus, wenn er im Anhang einige der lokalen oder regionalen wie auch wissenschaftlichen Ansätze zur Aufarbeitung beschreibt.

Detlef Brandes und Jiří Pešek stellen demgegenüber in ihrem Thesenpapier die Bedingungen und Umstände der Vertreibung der Deutschen aus den tschechischen Gebieten heraus. Ihr Papier leistet damit einen Beitrag zur Aufklärung über die mystifizierten Beneš-Dekrete.

Ebenfalls der Aufklärung verpflichtet hat sich der englischsprachige Beitrag des slowakischen Soziologen Miroslav Kusý. Er beschreibt das Schicksal der Ungarn in der Slowakei nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den Umgang in der slowakischen Gesellschaft damit.

Edita Ivaničková kommt in ihrem Beitrag zum Umgang mit dem Thema „Vertreibung und Aussiedlung in der slowakischen Gesellschaft und der Historiografie nach 1989“ zu dem Schluss, dass in der Slowakei die „ungarische Frage“ die Frage nach der Verarbeitung der Vertreibung der Deutschen bislang überdeckt habe. Sie konstatiert für die slowakische Gesellschaft insgesamt einen gespaltenen Umgang mit Zwangsmigration nach dem November 1989, der auf die Beziehung zum tschechischen Teil der zuvor gemeinsamen Republik und die (Re-)Nationalisierung der eigenen Geschichte zurückzuführen sei und der bislang zu keiner zufrieden stellenden Auseinandersetzung mit dem Thema geführt habe.

Für den südosteuropäischen Raum dominieren Beiträge zu Ungarn. Ágnes Tóth, Krisztián Ungváry und Éva Kovács beschäftigen sich mit der Frage nach der Aufarbeitung der Vertreibungen in Ungarn. Während Ágnes Tóth auf die Entwicklung des Erinnerungsdiskurses seit den Fünfzigerjahren schaut und dabei feststellt, dass die Aufarbeitung der Vertreibung zumindest auf fachwissenschaftlicher Seite schon früh begann, aber bis heute trotz

ermutigender Beispiele lokaler Aufarbeitung eher zweischneidig gehandhabt wurde, konstatiert Krisztián Ungváry ein klares Defizit. Allerdings schaut Ungváry hauptsächlich auf die nationale Ebene des Gedenkens, die er als nationale Erinnerungskultur versteht. Er folgt in seiner Analyse dem Ansatz, dass Deutschland grundsätzlich eine Vorbildfunktion in Sachen Aufarbeitung zukomme, die das Land akzeptieren und in Form einer zentralen Ausstellung des „Zentrums gegen Vertreibungen“, das er unterstützt, umsetzen müsse. Indem Ungváry zugunsten einer rein staatlichen Erinnerungskultur argumentiert, wird der plurale, gesellschaftliche Charakter einer demokratischen Erinnerungskultur ausgeblendet. Auf diese Weise wird die Möglichkeit eröffnet, Aufarbeitung und Aussöhnung auf einer rein nationalen Ebene zu erörtern, obwohl sich gerade daraus in Bezug auf das „Zentrum“, sollte es staatliche Unterstützung erhalten, zwischenstaatliche Probleme ergeben könnten. Diese Einwände lehnt Ungváry jedoch mit dem Hinweis auf nationale Selbstbestimmung und die Notwendigkeit der Einbindung eines selbstbewussten Deutschlands ab.

Im folgenden Beitrag beschäftigt sich Éva Kovács mit der Frage, inwiefern eine neue nationale Selbstverständigung durch eine spezifische historische Verarbeitung der beiden Totalitarismen in Ungarn zustande kommt. Ausgehend von der These der Universalisierung des Holocaust als Amerikanisierung der Erinnerung, probt sie die Übertragung auf die ungarische Erinnerungskultur.

Dass diese Fragestellung auch für andere Regionen bzw. Länder gilt, zeigt Marina Cattaruzza in dem abschließenden Essay. Sie verweist darauf, dass die Wissenschaftler der westlichen Hemisphäre auf den Spuren einer neuen, noch nicht ausgeformten „Meistererzählung“ seien. Sie analysiert die Suchbewegungen in allen Ländern Europas als eine länger andauernde Transformationsphase mit offenem Ausgang. Derweil sei die Erinnerungskultur eingebunden in eine ganz aktuelle Erinnerungspolitik, die sich als Kampfplatz der gesellschaftlichen Selbstverständigung und in vielen Fällen der nationalen Selbstvergewisserung darstelle.

Auf diesem Wege werden alle Facetten der Beschäftigung mit dem Thema Vertreibung in diesem Band aufgegriffen: Der Bogen wird gespannt von der Beobachtung und den eigenen Erfahrungen als Historiker in der Arena der Erinnerungspolitik über die wissenschaftliche Bearbeitung und didaktisch/museale Aufarbeitung bis hin zur Begleitung der lokalen Initiativen.

5. Europäisierung und Erinnerungskultur

Hier nun stellt sich die Frage, was „Europäisierung“ in Bezug auf die Erinnerungskultur in Europa überhaupt bedeuten kann. Oft wird unter dem

Stichwort der Europäisierung eine Vereinheitlichung verstanden, die mit einer Missdeutung als Homogenisierung oder Gleichmachung einhergeht.⁴⁴ Die verschiedenen Geisteswissenschaften und die allgemeine Debatte in den Feuilletons bieten verschiedene Möglichkeiten der Interpretation, was „Europäisierung“ eigentlich meint, an. Stellt sie in den Politikwissenschaften eine Form der Bezugnahme dar, ein Eindringen europäischer Politik in die nationalen und regionalen Politiken und eine Verankerung in ihnen, mit einer dauerhaften Präsenz und Einflussnahme einhergehend⁴⁵, kann man diese Bezugnahme in der historischen Forschung auch als verstärkte und verdichtete Kommunikation verstehen, als diskursive Zusammenhänge, die Grenzen überschreiten. In der Zeitgeschichte lautet das Stichwort „Westernisierung“. Darunter wird ein Wandel mentaler Dispositionen durch einen dauerhaften (auf Gegenseitigkeit beruhenden) Austausch kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art verstanden, der sich in Westdeutschland vor allem durch eine Akzeptanz und „Aneignung“ der westlichen Vorstellungen einer parlamentarischen Demokratie ausdrückt; eine weniger differenzierte Variante wird unter dem *Label* der „Amerikanisierung“ diskutiert.⁴⁶ Jedoch fehlt es noch an methodischer und theoretischer Präzision in der Zeitgeschichte. Dies wird schon lange als Desiderat beklagt, nun aber unter den Vorzeichen der „Europäisierung der Zeitgeschichte“ bearbeitet.⁴⁷

Ganz ähnlich würde in der alltagsgeschichtlichen Dimension argumentiert werden. Die Alltagsgeschichte setzt auf die Erfahrungen der Menschen

44 Vgl. zu dieser Fehlinterpretation auch Michael Jeismann, Völkermord und Vertreibung. Medien der Europäisierung?, in: Historische Anthropologie 13 (2005), S. 111–120, hier S. 118.

45 Vgl. als Beispiele für das boomende Feld der „Europäisierung“ in der Politikwissenschaft Hermann K. Richard/Thomas Risse/Maryllyn B. Brewer (Hrsg.), Transnational Identities: Becoming European in the EU, Lanham 2004; Kevin Featherstone/Claudio M. Radaelli (Hrsg.), The Politics of Europeanization, Oxford 2003; Maria Green Cowles/Tanja A. Börzel (Hrsg.), Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca u. a. 2001.

46 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen?, Göttingen 2001; Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003. Dazu wird für Ostdeutschland parallel eine „Sowjetisierung“ postuliert: Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/Main 1997.

47 Vgl. dazu die in letzter Zeit erschienenen Beiträge: Konrad H. Jarausch, Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa. Eine transnationale Herausforderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 3–10 (überarbeitete Einführung zur Konferenz „Thinking Europe. Towards a Europeanization of Contemporary Histories“ in Berlin/Potsdam, 6.–8. Mai 2004); Ute Frevert, Europeanizing German History, in: Bulletin of the German Historical Institute [Washington], 36/Spring 2005, S. 9–24; dies., Europeanizing Germany's Twentieth Century, in: History and Memory 6 (2004), S. 87–116. Dass das Thema Interesse findet und ihm eine Zukunft zugeschrieben wird, erkennt man auch daran, dass in den letzten Jahren gleich zwei neue Fachzeitschriften auf den Markt gekommen sind, die sich zum Ziel gesetzt haben, europäische Zeitgeschichte zu betreiben: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History (2004) und das Journal of Modern European History/Journal de l'histoire européenne moderne (2003).

als das entscheidende Moment für die Wahrnehmung des „Anderen“: Die Europäisierung des Alltags meint dann nichts anderes als die Präsenz und Selbstverständlichkeit Europas/anderer Länder im Alltag durch Reisen, Begegnungen und Wahrnehmungen durch Städtepartnerschaften, internationale Öffentlichkeit etc. – womit wiederum eine Verbindung zur ersten Definition herzustellen ist.

Diesem gesamten Definitionsspektrum ist gemein, dass bei all den eintretenden gesellschaftlichen Veränderungen die ‚Eigenheiten‘ nationaler Geschichte nicht ignoriert oder eingeebnet werden. Es geht demnach „nicht um Homogenisierung oder gar Harmonisierung der europäischen Geschichte, sondern um Kohärenzbildung und Relationierung von Geschichten, die Europäer gemacht haben.“⁴⁸ Oder anders ausgedrückt: Es ist ein Blickwechsel von einem eindimensionalen, harmonisierenden Europabild zu einem Kontinent voll der Spannungsbilder: „Nicht nur der Fortschritt, sondern auch der Genozid [wie auch die Zwangsmigrationen im Europa des 20. Jahrhunderts, d. Verf.] ist das Produkt der europäischen Modernisierung, und besonders dieser Widerspruch begründet die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens durch den Versuch der Integration.“⁴⁹

Gleich dem komplementären Zugewinn, der bei neuen Kommunikationsformen durch neue Medien entsteht, verdrängen neuere Identifikationsangebote/Dimensionen der „Erzählung“ nicht die älteren Identitäten/Dimensionen, sie überlagern und modifizieren sie vielleicht. Seit dem Ende des Kalten Krieges war zu beobachten, dass gleichzeitig mit einem verstärkten europäischen Aufbruch in Westeuropa eine Re-Nationalisierung der historischen „Erzählungen“ in den osteuropäischen Staaten stattfand. Sie erlebten ihre gewonnene Souveränität nach 1990 ganz neu, so dass für sie die Loslösung von rein nationalen Vorstellungen zugunsten der Europäischen Union kein leichtes Unternehmen ist. Vor diesem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen im west- und osteuropäischen Raum wird deutlich, dass und wie die unterschiedlichen Identitäten zum Teil hart konfliktieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie sich von vornherein gegenseitig ausschließen.⁵⁰

Europäisierung ist ein Prozess, der in den Rahmen der allgemein stattfindenden Globalisierung eingebettet ist, so dass die analytische Abgrenzung durch die ähnlichen Verdichtungsprozesse manchmal schwer fällt. Diese

48 Hannes Siegrist/Rolf Petri, *Geschichten Europas. Probleme, Methoden und Perspektiven*, in: *Comparativ* 14 (2004), S. 7–14.

49 Jarausch, *Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa*, S. 10.

50 Vgl. für die Vorstellung der Zusammenwirkung verschiedener Ebenen: Michael Gehler, *Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung*, Bochum 2001.

eher diffusen Perspektiven zusammengenommen, ergeben zuweilen eine Europäisierung, deren Beschreibung manchmal eher einem Wunschprojekt als realen Prozessen in Europa ähnelt. Dennoch lassen sich einige Aspekte und Faktoren ausmachen, mit deren Hilfe sich Europäisierung konkretisieren und vor allem deren Analyse konzeptionell verbessern lässt.

Europäisierung bedeutet zunächst einmal mehr als die Nebeneinanderstellung nationaler Erzählungen. Wenn man sich die Aufarbeitung der erzwungenen Migration in Europa zum Ziel gesetzt hat, droht mit der Aufzählung der Akte der Zwangsmigration in Europa im 20. Jahrhundert eine Konkurrenz der Narrationen. In einer solchen Aufzählung wird die Vertreibung der Deutschen immer die größte Gruppe ausmachen, so dass einer Relativierung der Erfahrungen kleinerer Gruppen Vorschub geleistet werden könnte. Außerdem verbindet sich mit einer Aufzählung kaum ein Erkenntnisgewinn. Abgesehen von dem Verweis auf das gesamte Spektrum der Formen und Varianten des Themas als bekräftigende Aussage, dass Zwangsumsiedlung ein wichtiges Instrument der Politik des 20. Jahrhunderts darstellt, gewährt eine solche Darstellung kaum generelle Aussagekraft über das Thema. Auch die enge Verbindung mit der Entwicklung des Nationalstaats und seinen Vorstellungen von der Homogenität seiner Staatsbürger ist nur mit einigem Aufwand als jeweilige „Einzel Erzählung“ sinnvoll in diesem Zusammenhang zu vermitteln. Diese Fragen des Kontextes spielen eine Rolle für die kognitive Verarbeitung des Themas, nicht unbedingt für die affirmative. Hier bieten komparative Ansätze eine weiterführende Perspektive. Der Königsweg des Vergleichs versetzt Historiker in die Lage, in den Untersuchungen die Ähnlichkeiten, aber auch gerade die Besonderheiten der zwangsweisen Umsiedlung herauszuarbeiten, ohne eine Gewichtung nach Quantität o. Ä. vornehmen zu müssen.⁵¹ Doch bleiben die Fragen nach den Variablen des Vergleichs offen – was soll eigentlich miteinander verglichen werden? Das Leiden sicherlich nicht, aber politische Kontexte und Kategorienbildungen, die die Konstrukte der Gruppendifinition zum Gegenstand der Analyse und die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Politiken gegenüber unterschiedlichen (oder ähnlichen) Gruppierungen durch verschiedene Regierungen herausarbeiten können. Auf diese Weise werden die gegenseitige Beobachtung nationaler Regierungen und ihre mehr oder weniger impliziten Reaktionen aufeinander deutlich, somit ein anderer Blick auf

51 Vgl. als Plädoyer für einen solchen sozialstatistischen Ansatz in der kulturwissenschaftlichen Erweiterung durch diskurs- und ideengeschichtliche Vergleichsaspekte Heinz-Gerhard Haupt, Die Geschichte Europas als vergleichende Geschichtsschreibung, in: *Comparativ* 14 (2004), S. 83–97.

„internationale Beziehungen“ zulässig, die einem stärker gesellschaftsgeschichtlichen Zugriff unterworfen würden.⁵²

Mit dem Begriff der Bezugnahme ist ein erster zentraler Aspekt der Europäisierung angesprochen, den es näher zu untersuchen gilt: Wie sahen die Bezugnahmen der Nationen oder politischer Gruppierungen in Europa im 20. Jahrhundert aus? Einerseits zu begreifen als neuer Ansatz der internationalen Beziehungsgeschichte, stellt er gleichzeitig die Bedeutung des kommunikationsgeschichtlichen Ansatzes der Europäisierung gleich in mehrfacher Hinsicht heraus. Kommunikation ist generell als verbindendes wie trennendes Element zu verstehen, das über In- und Exklusion von Gruppen entscheidet und damit einen zentralen Analyseaspekt für Bedingungen und politische sowie gesellschaftliche Durchsetzung von Vertreibung darstellt. Darüber hinaus ist Bezugnahme, die immer auch kommunikativ zu fassen ist, als gesellschaftliches Verdichtungselement zwischen Gruppen und über Distanzen hinweg zu begreifen. Wie wurden Ansichten, Ideen und soziale/politische Verhaltensweisen transferiert? Hier lässt sich an transnationale Forschung anknüpfen, die an die historische Kulturtransferforschung anschließt und sie mit Ansätzen des internationalen Vergleichs verbindet.⁵³ Transnationale Forschung bedeutet nicht, dass die nationale und die regionale/lokale Dimension von Geschichte gegeneinander ausgespielt, sondern dass vielmehr die jeweilige Bedeutung der Ebenen für bestimmte Entwicklungen herausgearbeitet werden. Die Ausweitung dieses Ansatzes ist schon in vollem Gange und sollte auch auf Fragen der Bedingungen und Durchführung von Vertreibungen sowie auf die Entwicklung und Transformation von Geschichtsbildern angewendet werden, da sie eine Möglichkeit der Verbindung der verschiedenen Ebenen bietet und damit die Komplexität histo-

52 Einen solchen Anspruch formuliert: Eckart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller (Hrsg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004.

53 Vgl. Michael Werner/Bénédicte Zimmermann (Hrsg.), *De la comparaison à l'histoire croisée*, Paris 2004; Philipp Ther, *Beyond the Nation: The Relational Basis of a Comparative History of Germany and Europe*, in: *Central European History* 36 (2003), S. 45–73; Jürgen Osterhammel, *Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 464–479; Klaus Kiran Patel, *Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52 (2004), S. 645–675; außerdem vgl. die Artikelserie „Transnationale Geschichte“, in: *HSozKult*, seit dem 12.1.2005, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?id=584&pn=texte>>; vgl. auch das interdisziplinäre Fachforum *geschichte.transnational*, URL: <<http://geschichte-transnational.clio-online.net/>>; vgl. für Ansatz und Fallstudien Peter Jackson/Philip Crang/Claire Dwyer (Hrsg.), *Transnational Spaces*, London 2004; für den Kulturtransfer-Ansatz vgl. konkret Sabrina P. Ramet/Gordana P. Crnkovic (Hrsg.), *Kazaaam! Splat! Ploof! The American Impact on European Popular Culture since 1945*, Lanham/New York 2003; Jörg Requate/Martin Schulze-Wessel (Hrsg.), *Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert*, Frankfurt/Main/New York 2002; Michel Espagne/Matthias Middel (Hrsg.), *Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert*, Leipzig 1999.

rischer Erklärung erhöht. Ihr Erkenntnisgewinn läge zudem in der Erforschung der ‚Transportwege‘ der Verbreitung der Idee des homogenen Nationalstaats und der gesellschaftlichen In- und Exklusionsmomente. In jedem Fall würde eine solche Forschung europäische Kommunikationszusammenhänge nachweisen, die in vielen Fällen vermutet und behauptet werden.

Diese Aspekte führen zu zwei weiteren zentralen Aspekten der Europäisierung. Gemeint sind die Aspekte Raum/Ort und eigene Erfahrung. In der regionalen Forschung lassen sie sich als „Erinnerungslandschaften“ beschreiben, als Gegenden mit eigenständiger Erinnerung, die nicht allein national bestimmt waren. Allein die Rekonstruktion solcher Erinnerungslandschaften trüge dazu bei, die verschiedenen Dimensionen oder Schichten von Identitäten und Zugehörigkeiten freizulegen und einer neuen Erzählung zugänglich zu machen. Die Elemente Ort und Erfahrung bilden dabei die Grundlagen eines jeden privaten wie offiziellen Geschichtsbildes. Zusammengefasst findet man sie auch in dem Konzept des Erinnerungsortes, das auf Pierre Noras Überlegungen zurückgeht.⁵⁴ Es bietet den fundamentalen Vorteil, die Erfahrungen, Wahrnehmungen und Verhaltensweisen der jeweils betroffenen Erinnerungsgemeinschaft aufarbeiten zu können, ohne dabei das analysierte Erinnerungsprogramm den politischen Strukturen oder der nationalen Ebene zu unterwerfen.

Was ist dann abschließend eine Europäisierung der Erinnerungskultur? So genau lässt sich dies noch nicht definitiv festmachen, aber aus der Vielzahl unterschiedlicher Ansätze sei als vielleicht kleinster gemeinsamer Nenner hervorgehoben: eine Erweiterung des Wissens um die Erfahrungen anderer und vor allem eine Anerkennung der Erfahrung anderer. Die Bezugnahme aufeinander steht dabei im Zentrum, d. h. die Herstellung von Bezügen zwischen den verschiedenen Vorgängen in Europa wie auch die Herstellung von Beziehungen. Nur Kommunikation und Austausch können die Dimensionen und Bedeutung des Themas Zwangsmigration für Europa und den Erfolg seines heutigen friedlichen Zustands erhellen; eigenes und fremdes Leiden sind oft voneinander abhängig und weisen damit ebenso oft über die nationale Ebene hinaus. Rein nationales Gedenken verliert in der sich verdichtenden europäischen Kommunikation ganz allmählich an Bedeutung, wenn auch nicht an Brisanz – im Gegenteil, viele Prozesse der Anerkennung und Erhellung sind mit Schmerzen verbunden. Allerdings sorgt eben die Wahrnehmung der anderen Erfahrungen für eine „produktive Verunsi-

54 Pierre Nora, *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, Berlin 1990 und ders. (Hrsg.), *Erinnerungsorte Frankreichs*, München 2005 (frz: *Les lieux des mémoires*, Paris 1984).

cherung“, die die auf der Suche nach einem Geschichtsbild als konstituierenden Faktor zu begreifende Ambivalenz auf den Punkt bringt.⁵⁵ Insbesondere die Erkenntnis, dass Zwangsmigration eines der bedeutendsten und dramatischsten Mittel der Politik im Europa des letzten Jahrhunderts war, erfordert daher eine europäische und das heißt: multiple Perspektive auf die Vertreibungen. Europäisierung meint also einen demokratischen, offenen Prozess des Austauschs, der Begegnung und Diskussion. Diese Perspektive wird mit dem „Netzwerk gegen Zwangsmigration und Vertreibung“ angeboten und gefördert.

55 Klaus Naumann, *Institutionalisierende Ambivalenz. Deutsche Erinnerungspolitik und Gedenkkultur nach 1945*, in: *Mittelweg* 36 13 (2004), H. 2, S. 64–75, Zitat S. 75.